

OPFERNARRATIVE. KONKURRENZEN UND
DEUTUNGSKÄMPFE IN DER NACHGESCHICHTE
DES ZWEITEN WELTKRIEGS

Die Deutsch-Tschechische und Deutsch-Slowakische Historikerkommission veranstaltete gemeinsam mit dem Collegium Carolinum, dem Europäischen Netzwerk Erinnerung und Solidarität sowie dem Collegium Bohemicum am 5. und 6. Oktober 2010 in Ústí nad Labem eine Konferenz der Projektgruppe „Diskurse von Opferverbänden: Deutschland, Tschechien und die Slowakei im Vergleich“. Zehn Nachwuchswissenschaftler präsentierten ihre aktuellen Forschungsergebnisse in den Räumen der Jan-Evangelista-Purkyně-Universität und der Nordböhmisches Wissenschaftlichen Bibliothek.

„Opfermythen sind besonders starke Mythen“, so der Ko-Vorsitzende der deutschen Sektion der veranstaltenden trilateralen Historikerkommission, Martin Schulze Wessel (München), in seiner Einführung. Sie seien stark historisch bedingt, auf vielfältige Weise funktional, hätten eine wichtige Bedeutung für Geschichtsnarrative und dadurch auch eine gesamtgesellschaftliche Bedeutung. Im Rahmen des Projektes werde den Fragen nachgegangen, wie Opferdiskurse geführt werden, wer die Akteure und wie diese Diskurse auf andere gesellschaftliche Ebenen gelangt sind.

Auf der Konferenz sollten diese Fragen in einen größeren Zusammenhang eingeordnet werden. Die Tagung war in drei Panels aufgeteilt: Im ersten beleuchteten die Vortragenden die Opferproblematik im Licht der Wiedergutmachung, im zweiten

Panel wurden verschiedene Opferverbände analysiert, während im letzten Panel Formen des Erinnerns den Schwerpunkt bildeten.

Peter Hallama (München, Straßburg) konzentrierte sich in seiner theoretischen Einführung auf zwei Fragen: Welcher Platz wird Opfern und Opfergruppen in den erinnerungskulturellen Studien der letzten 30 bis 40 Jahre gewährt und wie kann die Berücksichtigung von Opfernarrativen die Methoden der Memory Studies bereichern? In den 1970er Jahren sei eine Stärkung der Opferperspektive erfolgt, die mit der zunehmenden Auseinandersetzung über Alltagsgeschichte einherging. Zurückzuführen sei dies auf die „Demokratisierung“ der Geschichte, auf eine kritische Einstellung zur „Meistererzählung“ und auf die Entstehung der Historischen Anthropologie und der Oral History. In den 1980er und 1990er Jahren habe sich allerdings die akademische Etablierung der Memory Studies unter weitgehender Ausblendung von partikularen und alternativen Gedächtnissen vollzogen und der Perspektive der Opfer wurde keine besondere Beachtung geschenkt. Hallama berichtete, dass sich erst seit einigen Jahren eine neuerliche Hinwendung zur Opferperspektive vollziehe. Nun gehe es nicht mehr allein um den staatlichen und mehrheitsgesellschaftlichen Blick auf die Opfer, sondern auch um deren Selbstwahrnehmung.

Julia Landau (München, Bochum) eröffnete mit ihrem Vortrag über die Denkmäler zur Erinnerung an die Vernichtung der ukrainischen Bevölkerung das Panel zur Wiedergutmachung. Anhand des im Norden Kievs gelegenen „Denkmalparks“ zeichnete sie den Wandel des Gedenkens an den Zweiten Weltkrieg nach: Hatte in der Sowjetunion der „Kämpfer“ im Vordergrund des öffentlichen Erinnerns gestanden, wurde in den letzten Jahren ein Wiedergutmachungsdiskurs geführt, in dem Deutungen des Geschehens auch über Begrifflichkeiten definiert wurden. In diesem Diskurs war zunächst vor allem vom „Häftling“ die Rede, dann vom „Opfer“ und schließlich vom „Leistungsberechtigten“, was nicht zuletzt mit dem Stand der Verhandlungen um Entschädigungen mit deutschen Stellen zu tun hatte. Diese Titulierungen, so Landau, beschreiben Episoden der materiellen wie der psychischen Entschädigungsgeschichte, die vom Nationsbegriff der jungen Ukraine überlagert und vom politischen Diskurs instrumentalisiert werden.

Svea-Luise Herrmann (Hannover) forscht in einem komparativ angelegten Projekt über Zwangssterilisationen und Entschädigungen im demokratischen Norwegen, im nationalsozialistischen Deutschland und in der kommunistischen Tschechoslowakei. In ihrem Vortrag verglich sie die Entschädigungsmechanismen in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg und der Tschechoslowakei nach der „Samtenen Revolution“ 1989. Da die Sterilisationen in beiden Ländern nicht als Verbrechen, sondern als „normales“ Mittel der Bevölkerungskontrolle wahrgenommen worden seien, hatten die Opfer Schwierigkeiten, ihre Forderungen nach Entschädigung durchzusetzen, was in beiden Staaten zu einer vergleichsweise späten Entwicklung eines Gruppenbewusstseins der Opfer führte.

Iris Nachum (Tel Aviv) analysierte den Versuch vertriebener Sudetendeutscher, Anfang der 1990er Jahre ihre Ansprüche nach dem Vorbild jüdischer Wiedergutmachungsforderungen durchzusetzen. In den 1950er Jahren hatten einige jüdische Versicherte des Prager Büros der italienischen Generali-Versicherung auf Erstattung ihrer Lebensversicherungspolice geklagt. Die Generali hatte dies mit dem Verweis

auf die Enteignung des Büros durch das kommunistische Regime in der Nachkriegs-tschechoslowakei abgelehnt und die Kläger an den tschechoslowakischen Staat verwiesen. Nach 1990 lenkte die Versicherung aber ein und schuf in Israel einen Entschädigungsfonds. Dieser Erfolg ermutigte einige Vertriebene in Deutschland, Entschädigung zu verlangen, was aber mit der gleichen Begründung abgelehnt wurde wie im Falle der jüdischen Kläger in den 1950ern: Die Geschädigten sollten sich an den tschechoslowakischen Staat wenden. Nachum stellte nun die Frage, warum die jüdischen Forderungen erfüllt, die deutschen aber abgewiesen wurden. Zur Erklärung führte sie die Begriffe des „würdigen“ und des „unwürdigen“ Opfers des Historikers Elazar Barkan ein. Die Sudetendeutschen würden als „unwürdige“ Opfer wahrgenommen, daher fehle ihnen schlicht die Möglichkeit, moralischen Druck auszuüben. Damit erschöpfe sich die Bedeutung des Falls aber nicht, denn Wiedergutmachungsforderungen seien immer auch Vehikel, um Gruppenzugehörigkeit zu konstruieren und in das öffentliche Bewusstsein vorzudringen. So könne man feststellen, dass nicht Wiedergutmachung, sondern Gruppenkonsolidierung und „Öffentlichkeit“ die eigentlichen Ziele der sudetendeutschen Forderungen gewesen seien.

Bettina Greiner (Berlin) eröffnete am nächsten Tag das Panel „Verbände“. In ihrem Vortrag schilderte sie den Kampf von Speziallagerhäftlingen in der DDR um gesellschaftliche Anerkennung. Nach dem Krieg waren in NKWD-Lagern ca. 154 000 Menschen inhaftiert. Die Öffentlichkeit habe das Thema lange Zeit nicht wahrgenommen. Erst Anfang der 1990er Jahre sei eine Diskussion in Gang gekommen, die kurzfristig großes Medieninteresse hervorgerufen habe, aber auch schnell wieder abgeflaut sei. Den Grund für dieses geringe Interesse verortet Greiner in der Uneindeutigkeit der Opfer: Die Speziallager seien interpretierbar, da es nicht klar sei, welchen Zweck sie verfolgten. Man wisse nicht, ob es um Umerziehung, Terror oder Bestrafung gegangen sei, und daher auch nicht, ob die Insassen Opfer oder Täter gewesen seien. Greiner zufolge weist dies auf ein grundlegendes Problem von Opferdiskursen hin: Opfer müssen unschuldig sein. Die Illegitimität einer Schädigung und nicht die Schädigung selbst bestimme den Opferstatus.

K. Erik Franzen (München), Koordinator der Projektgruppe, stellte die Verfolgtenverbände der DDR vor. Zuerst war auch in der SBZ die Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes als Vertretung der Opfer tätig, sah sich aber unmittelbar nach der Gründung der SED mit deren absolutem Machtanspruch konfrontiert. Franzen brachte dies auf die griffige Formel: „Wer Opfer war, bestimmte die Partei!“. 1953 wurde dann das „Komitee der Antifaschistischen Widerstandskämpfer“ gegründet, deren Aufgabe die „Popularisierung“ des Helden gewesen sei. Franzen schilderte die Probleme des Komitees: Handelte es sich nur um einen Kämpferverband oder auch um eine Opfervertretung? Oder fungierte es als bloße Plattform für die Verbreitung eines vorgegebenen sozialistischen Heldenbildes des Widerstands gegen den Nationalsozialismus? Das Leiden der Betroffenen sei zwar nicht verschwiegen, doch gleichgeschaltet und dadurch anonymisiert worden. Eine Massenbasis habe die SED aus Angst vor der Unkontrollierbarkeit einer Mitgliederorganisation nicht zugelassen. Dadurch habe sie dem Verband allerdings die Legitimation entzogen.

Simon Loidl (Wien) und Peter März (Salzburg) bearbeiten seit zwei Jahren den Bestand des oberösterreichischen Landesverbands des „Bundesverbandes ehemals politisch Verfolgter“. Dieser Verband war für die Anerkennung der „Widerstandskämpfer“ zuständig. Neben der Anerkennung des Opferstatus sei die wichtigste Aufgabe des Verbandes gewesen, die Verbrechen des Nationalsozialismus zu thematisieren. Bei der Entnazifizierung habe der Verband jedoch keine aktive Rolle gespielt.

Katrin Schröder (Bad Muskau) vergleicht in ihrer Dissertation die Verbände der Zwangsarbeiter in Polen und Tschechien, die sich nach der Systemtransformation 1989/1990 gegründet haben. Da die ehemaligen Zwangsarbeiter des NS-Regimes über Jahrzehnte kaum als Opfer wahrgenommen worden seien, bestand die Hauptaufgabe der Verbände darin, die Öffentlichkeit aufzuklären und Entschädigung zu fordern. Laut Schröder habe der polnische Verband aktiver in der Öffentlichkeit gewirkt als der tschechische, der weit weniger erfolgreich gewesen sei. So sei z. B. der Versuch, im tschechischen Parlament ein Entschädigungsgesetz durchzusetzen, an der mangelnden Einigkeit der Opfer und dem fehlenden Verständnis in der Öffentlichkeit gescheitert.

Stephan Scholz (Oldenburg) eröffnete das letzte Panel „Erinnerung“ mit seinem Vortrag über das Bild der Frau im deutschen Vertreibungsdiskurs. Scholz' Hauptthese ist, dass sich der deutsche Vertriebenendiskurs in den letzten 30 Jahren auf das Leiden der Frauen konzentrierte. Dies müsse in Verbindung mit der zunehmenden Wahrnehmung einer Mitschuld der Wehrmacht an den Verbrechen der Nationalsozialisten gesehen werden. In den 1950er und 1960er Jahren sei der Mann noch als Held und Beschützer der Familien präsent gewesen, während die Frau meistens das Opfer dargestellt habe. Anfang der 1980er Jahre seien Männer von den weniger diskreditierten Frauen und Kindern abgelöst worden. Scholz betonte, dass dieser Wandel mehrere Bedeutungsschichten hat: Die Frau sei ein Symbol für die Unschuld, während die Kinder für die Jugend stünden und so signalisierten, dass die Vertriebenen nicht ausstürben.

Václava Kutter Bubnová (Princeton, München) untersuchte den Diskurs über das „Zigeunerlager“ Lety bei Písek in der Tschechischen Republik anhand von Reden tschechischer Politiker verschiedenster Parteien in den letzten 15 Jahren. Bis 1989 existierte kein Gedenken an das Lager Lety, weswegen 1974 dort sogar eine Schweinemastanlage errichtet wurde, die bis heute existiert. Die Diskussion über das Lager kam erst auf, nachdem die EU gefordert hatte, die Schweinemastanlage zu entfernen. Der jetzige Staatspräsident Václav Klaus sprach in einer Rede davon, dass Lety ein Lager für „Leute, die nicht arbeiten wollten“, gewesen sei. Dies sei die Grundtendenz des Diskurses gewesen: Die Opfer stünden nur selten im Mittelpunkt, vielmehr hätten die Redner die Gelegenheit genutzt, um aktuelle Themen der Sinti- und Roma-Minderheit in Tschechien anzusprechen. Bubnová kommt zu dem Schluss, dass die Opfer unter den Sinti und Roma in der tschechischen Gesellschaft entweder vergessen, ignoriert oder bewusst ausgegrenzt worden seien. Erst durch die EU-Intervention sei Bewegung in die Diskussion gekommen, die tschechische Täterschaft (tschechische Gendarmen bewachten das Lager) sei aber bisher nur vom ehemaligen Staatspräsidenten Václav Havel und der Abgeordneten der Grünen Kateřina Jacques thematisiert worden.

Die verschiedenen Opferdiskurse wurden auf der Konferenz aus mehreren Perspektiven und auf unterschiedlichsten Ebenen betrachtet. Dabei wurde von allen Beteiligten besonderer Wert darauf gelegt aufzuzeigen, wie ein Opferdiskurs entsteht und sich weiterentwickelt. Insgesamt gab die Konferenz einen kompakten und gut komponierten Einblick in die aktuelle Forschung und legte die komplizierten Wechselwirkungen offen, denen Opferverbände und ihre Diskurse unterliegen.